

Ralf Schuler

Der Siegeszug der POPULISTEN

Warum die etablierten Parteien
die Bürger verloren haben



Ralf Schuler
Der Siegeszug der Populisten

Der schlaueste Weg, Menschen passiv und gehorsam zu halten, ist, das Spektrum an akzeptabler Meinung streng zu beschränken, aber eine sehr lebhafte Debatte innerhalb dieses Spektrums zu ermöglichen – sogar die kritischeren und die Ansichten der Dissidenten zu fördern. Das gibt den Menschen ein Gefühl, dass es ein freies Denken gibt, während die Voraussetzungen des Systems durch die Grenzen der Diskussion gestärkt werden.

Noam Chomsky, The Common Good

Ralf Schuler

Der Siegeszug der Populisten

Warum die etablierten Parteien
die Bürger verloren haben

Analyse eines Demokratiever sagens

fontis

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.dnb.de/> abrufbar.

Der Fontis-Verlag wird von 2021 bis 2024
vom Schweizer Bundesamt für Kultur unterstützt.

© 2024 by Fontis-Verlag Basel
Umschlag: René Graf, Fontis-Verlag
Foto Ralf Schuler S. 302: © Wolf Lux
Satz: Justin Messmer, InnoSet AG, Basel
Druck: Finidr
Gedruckt in der Tschechischen Republik
ISBN 978-3-03848-284-0

Inhalt

Vorwort von Monika Maron	7
Prolog	11
1 · Demokratieversagen	19
2 · Falsche Abwehr	53
3 · Der Staat als Beute	96
4 · Das demokratische Missverständnis	139
5 · Das Versagen der bürgerlichen Opposition	160
6 · Das große Medienversagen	191
7 · Rückkehr zur sozialistischen Planwirtschaft	236
8 · Was also ist jetzt eigentlich Populismus?	245
Epilog	262
Personenregister	297
Quellen und Anmerkungen	301
Über den Autor	302

Vorwort

Ein Vorwort für dieses Buch zu schreiben, fällt mir schwer, weil alles, was mir zum Thema Populismus einfallen könnte, Ralf Schuler darin geschrieben hat, und das sehr viel fundierter und gründlicher, als ein politischer Laie wie ich es könnte.

In seinem Buch beweist Schuler alle Tugenden, die ich an ihm schätze: Er verbindet die aktuellen Geschehnisse mit den großen historischen Linien, präsentiert andere Stimmen, er selbst bleibt bei gebotener Schärfe seiner Kritik immer sachlich, ist nie zynisch oder hämisch, es findet sich kein Gift in seinen Argumenten, sondern das manchmal verzweifelt anmutende Bemühen, zu verstehen, was nicht zu verstehen ist, vor allem aber geht es ihm um Aufklärung.

Ralf Schuler wurde 1965 in Ost-Berlin geboren und hat die ersten 25 Jahre seines Lebens in der DDR verbracht. Auf ein Studium an der Filmhochschule Babelsberg verzichtete er trotz bestandener Aufnahmeprüfung, weil der Preis dafür eine Dienstzeit als Unteroffizier bei der Nationalen Volksarmee gewesen wäre. Und seine Arbeit als Leiter der Parlamentsredaktion bei der *BILD*-Zeitung kündigte er, als der Vorstand des Hauses Springer beschloß, sich konsequent auf die Seite der LGBTQ-Aktivisten zu stellen. «Ich bin nicht bereit, für eine politische Bewegung, welcher Art auch immer, und unter ihrer Flagge zu arbeiten. Das habe ich früher nicht getan und tue ich heute erst recht nicht», erklärte er.

Seine Erfahrungen als Parlamentskorrespondent liefern ihm das Material für seine Analysen der Parteienpolitik mit all dem Taktieren und Verschweigen, den autoritären Allüren vor allem der Grünen, der Kumpanei zwischen Medien und Politik. Und immer wieder schiebt sich in die Analyse der Gegenwart Schulers biografische Erfahrung als Ostdeutscher, der vielleicht empfindlicher reagiert, wenn Freiheitsrechte

beschnitten werden, als jemand, dem solche Erfahrungen erspart geblieben sind. Jedem Ostdeutschen muß der Paragraph gegen «staatsfeindliche Hetze» einfallen, wenn Nancy Faeser und ihr Präsident des Verfassungsschutzes ein Delikt wie die «verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates» erfinden, also eine illegitime Verschiebung der Strafbarkeitsgrenze im Kampf gegen rechts, gegen die AfD, gegen den Populismus.

Wenn eine Regierung zwanzig bis dreißig Prozent der Wähler hinter eine Brandmauer verbannt und so vom Kampf um die Regierungsmehrheit ausschließt, stimmt etwas mit dem Demokratieverständnis nicht. Wenn Kritik und Verhöhnung an der Regierung verfassungsrechtlich sanktioniert werden können, als wären die amtierenden Minister die personifizierte Demokratie und ihre Schmähung demzufolge demokratiefeindlich, liegt entweder ein juristisches Mißverständnis vor oder eine bedenkliche Überhöhung der eigenen Person. Auf die Wahl kann die Abwahl folgen, wenn der Souverän es will. Siebzig Prozent der Bevölkerung halten die regierenden Parteien für unfähig oder sogar unwillig, die Probleme des Landes zu lösen, was für die Regierung aber nicht als ein Signal zur Korrektur erkannt wird, sondern als Bedrohung der Demokratie. Und selbst die Abwahl dieser Regierung würde die deutschen Wähler nicht vor dem Personal der einen oder anderen ungeliebten Partei bewahren, denn eine von ihnen würde danach wieder mitregieren, und das Vertrauen in die CDU, die sich bis heute nicht öffentlich zu den Fehlern der Merkel-Zeit bekannt hat, bleibt erschüttert.

Der Populismus erweist sich als letzte Abwehrkraft gegen eine Politik, die den Willen der Mehrheit nicht nur mißachtet, sondern diffamiert und kriminalisiert.

Ralf Schuler untersucht die Mechanismen der Machtausübung und Machtabwehr an konkreten Beispielen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA, Österreich, Frankreich, England, Skandinavien. Sein Fazit: Der Populismus ist

das Ergebnis von Demokratieversagen. Es begann in Deutschland 2013 mit der Gründung der AfD, damals eine seriöse konservative Partei, die vor allem eine andere europäische Geldpolitik forderte, aber von Anfang an als illegitimer Feind unter Naziverdacht gestellt wurde. Dieser undemokratische Umgang hat an der Radikalisierung der AfD einen entscheidenden Anteil. Wenn heute «Hass und Hetze» im Netz und im öffentlichen Umgang beklagt und verklagt werden, sollte man fragen, womit das Hassen und Hetzen eigentlich begonnen hat.

Rudolf Augstein hat den Auftrag der Journalisten in seinem berühmten Zitat benannt: «Einer Wahrheit ans Licht zu helfen, ... eine Wahrheit, der die etablierten Führer und Meinungsmacher aus Bequemlichkeit und Eigensucht bislang ausgewichen sind – das ist die einzige Möglichkeit für den Journalisten, die Wirklichkeit zu verändern: Er kann sagen, was ist!» Ralf Schuler nennt seine Interviewreihe im Online-Portal *NIUS* «Fragen, was ist». Er interviewte Politiker wie Wolfgang Kubicki, Wolfgang Bosbach, Ralf Stegner, Sahra Wagenknecht und Arnold Vaatz, er sprach mit Dieter Nuhr, dem Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel und vielen anderen.

Schuler fragt, ohne zu urteilen, er will wissen, nicht bedrängen oder seine Gesprächspartner in verbale Fallen locken. Selbst Ralf Stegner bietet ein anderes Gesicht, als man von ihm aus öffentlichen Auftritten kennt. Auch wenn man seine Meinung danach nicht teilt, versteht man vielleicht besser, warum er sie hat. Daß Schuler vorwiegend konservative Gäste begrüßen darf, läßt vermuten, daß auch er für Grüne und Linke schon zu den Populisten gehört, mit denen man nicht spricht, denn eingeladen zum Gespräch waren sie. Ein Satz des Liberalen Wolfgang Kubicki könnte sie ermutigen: «Wenn ein Auftritt bei Ihnen (Schuler) ausreicht, jemanden zum Rechtsradikalen zu machen, komme ich jede Woche zu Ihnen.»

Jedem, der sich darüber wundert, wie aus ihm plötzlich ein Rechter geworden ist, nachdem er sich sein Leben lang für

links, liberal oder konservativ gehalten hat, sei Ralf Schulers Buch über den Populismus empfohlen. Es wird ihn beruhigen.

Monika Maron, Schriftstellerin

Prolog

«Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Populismus.» Als ich diesen berühmten ersten Satz aus dem «Kommunistischen Manifest» von Karl Marx für den Einstieg in mein Buch «Lasst uns Populisten sein» (2019) leicht abgewandelt entlieh, konnte ich nicht ahnen, dass der Aufstieg dieser neuen Bewegung der sogenannten Populisten noch längst nicht zu Ende war und offenbar auch noch lange nicht zu Ende ist. Das Wort «Kommunismus» aus dem «Kommunistischen Manifest» von Marx hatte ich lediglich durch «Populismus» ersetzt, und schon passte die historische Analogie verblüffend auf unsere Tage.

Heute, ein halbes Jahrzehnt nach «Lasst uns Populisten sein», hat sich daran nichts geändert. Im Gegenteil: Die Bewegungen unter dem von außen als negative Konnotation zugewiesenen Titel «Populismus» ist eher noch größer, ja stärker geworden. Das Gespenst lebt nicht nur, es gedeiht geradezu: von der Rassemblement National (ehemals Front National) in Frankreich über Geert Wilders' Freiheitspartei in Holland, die Schweizerische Volkspartei, die italienische Lega und die regierenden Fratelli d'Italia oder die FPÖ in Österreich und die AfD in Deutschland. Nach gängiger Lesart fallen auch die Regierungsparteien in der Slowakei und Ungarn unter das Rubrum Rechtspopulismus, und der mögliche Wahlsieg von Donald Trump in den USA lässt sich ebenfalls in dieses politische Phänomen einordnen.

Für gewisse Irritationen sorgt allenfalls der neue argentinische Präsident Javier Milei, der häufig als «ultraliberal» oder «Anarchokapitalist» apostrophiert wird, was auch nicht als Kompliment gemeint ist, aber offenbar noch nicht so ganz ins Raster des «Populismus» passt, obwohl der Mann mit dem wirren Haarschopf und seinen impulsiven Auftritten die

Populismus-Witterer durchaus zu einigem Argwohn provoziert. Im Wahlkampf schwenkte er beispielsweise eine Kettensäge, um zu zeigen, wie er mit dem morschen argentinischen Staat umspringen werde. Er erwarb sich auch sonst den Ruf eines radikalen Umkremplers, der mit seinem Gebaren jene von vielen vermisste Authentizität darstellte, mit der auch Trump in den USA punktet, wenngleich auf weitaus weniger programmatisch verständliche und berechenbare Weise als Milei.

Mit anderen Worten: Der sogenannte Populismus* ist längst kein Gespenst mehr, das hier und da umgeht, sondern harte politische Realität, mit der man rechnen, leben und Politik machen muss. In diesem Buch blicken wir deshalb auf Jahre zurück, in denen diese Bewegungen immer stärker geworden

* Zum Sprachgebrauch des Wortes «Populismus» und «Populisten»: Wie ich im Kapitel «Was ist eigentlich Populismus?» zeige, ist die Vokabel «Populismus» im parteipolitischen Tagesgeschäft zu einem Kampfbegriff geworden, der zur allgemeinen Abwertung konkurrierender Politik und Politiker verwendet wird und als Gattungsbegriff für eine ganze Parteienfamilie im rechts-bürgerlichen Spektrum geworden ist. Diese Bedeutungsebene mache ich mir ausdrücklich *nicht* zu eigen und schreibe deshalb der Abwechslung halber von «Populisten», «sogenannten Populisten» etc., um eine gewisse Distanz zur parteitaktischen Instrumentalisierung auszudrücken.

Der eigentliche Ursprung des Populismus liegt in der Beschreibung eines Politikstils, der den Menschen nach dem Munde redet, einfache Lösungen für komplizierte Probleme verspricht und in einem ungesunden Maß auf Beifall vom politischen Publikum aus ist.

Da diese Art von Populismus eine unerlässliche, mehr oder weniger reichliche Zutat jeglicher Politik ist, ist es aus meiner Sicht kein wirkliches Monitum und eine geschmäckerliche Debatte. Politik sollte die Vertretung von Volksinteressen der Bürger sein und enthält deshalb immer auch populistische Akzente, wenn sie populär sein will. Das Gegenteil wäre eine außenweltunempfindliche ideologische Erstarrung und pädagogische Überwindung des Adressaten.

Ich verwende also den Begriff Populismus in dem von seinen Gegnern konnotierten und gebräuchlichen Sinne für die Beschreibung der entsprechenden politischen Bewegungen, ohne mir jedoch die Konnotation zu eigen zu machen. Und ich würde mich freuen, wenn sich diese – zugegeben, nicht ganz einfache – Logik dem Leser im Laufe der Lektüre immer besser erschließt.

sind, und wollen die wesentlichsten, die offensichtlichsten Ursachen aufzeigen. Um es ganz klar zu sagen: Die wichtigste und gefährlichste Wurzel jener erstarkenden Parteien und Bewegungen neben den etablierten politischen Strömungen ist ein massives Demokratieversagen – und das gleich auf mehreren Ebenen.

Es ist schon einigermaßen verräterisch und alarmierend zugleich, wenn in freien, demokratischen Gesellschaften gestandene Politiker eine populäre Bewegung geradezu verachten und dies ausgerechnet mit dem Begriff «Populismus» zum Ausdruck bringen. Das Volk (lat. *populus*) läuft den Falschen nach, soll das heißen, den «Rattenfängern», wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier es vor einiger Zeit ausdrückte. Eine unschöne Metapher, die Bürgern vermeintlich falscher Gesinnung die Rolle als Schadnager zuweist. Das Volk liegt falsch, soll das wohl heißen. Und im Kern: Das Volk stört beim Regieren.

Doch: So soll es auch sein! In funktionierenden Demokratien zumindest. Das Volk kann, darf und muss sogar stören, wenn die Vorstellungen der politischen Akteure sich allzu weit von denen der Menschen entfernt haben und die daraus entstehenden Brüche das Gemeinwesen als Ganzes gefährden. Das ist für Politiker schmerzlich, die ja in der Regel klare Vorstellungen davon haben, worauf die Dinge hinauslaufen sollen, und sich nur ungern bei der Arbeit am politischen Gesamtkunstwerk bremsen oder gar korrigieren lassen.

Selbst in freiheitlichen Gesellschaften ist das Denken in politischen Missionen, wie sie der reale Sozialismus einst auf die Spitze trieb, nicht ganz ausgestorben. Die «Transformation» hin zur Klimaneutralität ist dafür eine interessante Parallele, weil sie das ersetzt, was im klassischen Sozialismus/Kommunismus die «historische Mission der Arbeiterklasse» war: eine Art schicksalhafter Vorwärtsentwicklung der menschlichen Gesellschaft, die – vergleichbar der biologischen Evolution – weder verhandelbar noch

aufzuhalten sei. Wer sich dieser Vision entgegenstellt, entlarvt sich augenblicklich als (ewig) gestrig, als Bremser und potenzieller Menschenfeind, dem man im Grunde die Teilnahme am demokratischen Meinungsbildungsprozess verwehren muss, wenn man den Fortbestand der Menschheit nicht gefährden will.

Eine weitere Ursache für die Populisten-Konjunktur, der wir in diesem Buch nachgehen wollen, ist die hier zu Tage tretende Lernunfähigkeit bzw. -unwilligkeit, die zumindest für mich deshalb so verblüffend ist, weil ich mit meinen biografischen Wurzeln im ehemals real existierenden Sozialismus die westlichen Demokratien immer als offene und vor allem lernfähige Systeme gesehen habe. Die Überlegenheit des Westens am Ende des Kalten Krieges war und ist in meinen Augen eine Folge davon, dass beim Wirtschaften der Markt (im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft) die Akteure immer wieder zum Abgleich mit der Realität, mit den Wünschen der Kunden und den effizientesten Strategien der Wertschöpfung zwingt (übrigens ausdrücklich inklusive Energieeffizienz und Ressourcenschonung!). Wer effizienter ist, macht mehr Gewinn.

Das Gleiche gilt für die freiheitliche Demokratie, die es den handelnden Akteuren immer wieder dadurch schwer macht, dass der politische «Endverbraucher» seine Wünsche und Stimmungen – sofern es relevante Inhalte und keine kurzfristigen Aufwallungen sind – in die parlamentarische Administration einsteuern kann. Anders als beim «ideologisch wetterfesten» (Karl-Eduard von Schnitzler) DDR-Politbüro steigen und fallen demokratische Parteien damit, dass sie die Unterströmungen im Volk nicht nur erkennen, sondern aufnehmen und möglichst klug umsetzen. Die verfassungsrechtliche Denk- und Handlungsverbotszone sollte in Demokratien nahezu verschwindend klein sein und sich auf jene beschränken, die «aggressiv-kämpferisch» diese demokratische Ordnung überwinden und abschaffen wollen.

Wie wir in der Gegenwart leider sehen, widerstehen aber auch vermeintlich gefestigte Demokratien wie Deutschland mitunter der Versuchung nicht, sich lästige Konkurrenz dadurch vom Leibe schaffen zu wollen, dass man sie kurzerhand in Gänze für «gefährlich», «demokratiefeindlich» und unberührbar erklärt. Damit wird eine auch staatliche Verfolgung möglich, die vom Grundgesetz in weiser Konsequenz aus den Hitler-Jahren ausdrücklich nicht vorgesehen war.

Die Auswirkung von Demokratieversagen und demokratischer Lernunwilligkeit hat viele Facetten, die ich auf den folgenden Seiten gern im Detail und ohne Anspruch auf Vollständigkeit beleuchten möchte. Meine Hoffnung ist es, dass die dargelegten Gründe für den Siegeszug der Populisten das Interesse jener ebenso finden, die sie teilen, wie das Interesse derjenigen, die es anders sehen. Wenn dieses Buch dazu beitragen kann, die Weltsicht der anderen Seite zumindest nachvollziehbarer zu machen, wäre schon viel gewonnen in Zeiten oft unversöhnlicher Debatten.

Ich bitte dabei um Nachsicht, wenn mir hin und wieder (wie auch hier schon) vergleichende Verweise auf meine DDR-Vergangenheit bewusst unterlaufen. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Intensität des Erlebten in einem autoritären und repressiven System besonders prägend ist für einen jungen Menschen, der noch nicht einmal revoluzzerhaft veranlagt war, sondern einfach nur in Ruhe gelassen werden und da nicht mitspielen wollte.

Es ist auch der Tatsache geschuldet, dass gern von anderer Seite vermeintlichen Anfängen gewehrt werden soll, die viel weiter zurückliegen und angeblich in die Zeit vor 1945 zurückführen. In vielen Fällen muss man aber gar nicht so weit in die nicht mehr selbst erlebte Vergangenheit abtauchen, sondern kann sich bei bestürzend zahlreichen freiheitsbeschränkenden und Konformitätsdruck schaffenden Phänomenen Mechanismen vor Augen führen, die eine noch sehr lebendige Generation von Ostdeutschen gut im Gedächtnis hat.

Ausdrücklich nicht gemeint ist damit freilich ein Komplett-Vergleich der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR in all ihren Facetten als geschlossenes und gleichschaltendes repressives System. Obwohl es sich eigentlich von selbst versteht und offensichtlich ist, erwähne ich das hier so ausdrücklich, weil es eine beliebte Methode ist, durch bewusstes Missverstehen unerwünschte Debatten zu beenden, und weil – absurd genug – DDR-Vergleiche im Verfassungsschutzbericht 2021 unter der Rubrik «verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates» als Indiz dafür erwähnt werden.

Dort heißt es: «Die staatlichen Schutzmaßnahmen gegen die Coronapandemie und die damit einhergehenden Freiheitseinschränkungen lösten nicht nur eine breite gesellschaftspolitische Debatte und verfassungsrechtlich legitime Proteste aus, sondern dienten in einzelnen Fällen auch als Vorwand und Hebel, um die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung als solche zu bekämpfen. Um die in diesem Kontext festzustellenden Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen adäquat bearbeiten zu können, hat das BfV im April 2021 den neuen Phänomenbereich «Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates» eingerichtet.»¹

Wie dies im Einzelnen aussehen kann, wird so beschrieben: «demokratisch gewählte Repräsentanten des Staates verächtlich machen, staatlichen Institutionen und ihren Vertretern die Legitimität absprechen, (...) zum Ignorieren gerichtlicher Anordnungen und Entscheidungen aufrufen.»

All das ist insofern interessant, als das «Verächtlichmachen» staatlicher Institutionen ganz ausdrücklich ein normales Freiheitsrecht ist, zumindest wenn man Majestätsbeleidigung nicht als rechtsstaatliche Norm betrachtet. Und nach all den Jahren, man kann fast schon sagen, Jahrzehnten, in denen linke Bewegungen sich auf das «Recht auf zivilen Ungehorsam» etwa bei Anti-Castor-Protesten oder anderen Blockade-Aktionen (siehe Klima-Kleber) berufen haben, das

«Ignorieren gerichtlicher Anordnungen» als Gefährdung der Verfassungsordnung einzustufen, ist auch eher bedenklich.

Und: «Zum Teil wird die Bundesrepublik Deutschland mit den diktatorischen Regimen des Nationalsozialismus und der DDR gleichgesetzt.» Mit anderen Worten: Auch hier könnte künftig der Verfassungsschutz zuständig sein. Doch ein medialer oder gesellschaftlicher Aufstand gegen diese Ausweitung und Verschiebung des Auftrags für den Inlandsgeheimdienst, der als nachgeordnete Behörde des Bundesinnenministeriums und damit nicht ohne Zustimmung der Bundesinnenministerin agiert, ist weitgehend ausgeblieben.

So wollen wir hier also im Folgenden Spuren und Indizien nachgehen, warum «populistische Bewegungen» trotz aller Anfeindungen und Bekämpfungsversuche nicht verschwinden. Böse Vermutung: weil die Ursachen für ihren Aufstieg nicht verschwunden sind.

1 · Demokratiever sagen

Diese Zeit hat etwas durchaus Gespensterhaftes. Die Leute gehen täglich ihren Geschäften nach, machen Verordnungen und durchbrechen sie, halten Feste ab und tanzen, heiraten und lesen Bücher – aber es ist alles nicht wahr.

Es rumort in der Tiefe, und der Boden schwankt leise. Wohin führt das alles? Wir versuchen, dem gänzlich Neuen mit den alten Mitteln beizukommen. Und werden seiner nicht Herr. Es verfängt alles nicht: Humor nicht, Satire nicht; offener Kampf, Gewalt, Propaganda – die Pfeile fallen matt zu Boden. Wohin führt das alles?

Töricht, die Zerfallssymptome zu leugnen. Eine Welt wankt, und ihr haltet an den alten Vorstellungen fest und wollt euch einreden, sie seien so nötig und natürlich wie die Sonne.

Lange Reden und dicke Bücher schaffen es nicht mehr; ungeduldig steht etwas an dem großen Tor und klopft und klopft. Und es wird ihm wohl eines Tages aufgetan werden müssen.

Das bürgerliche Zeitalter ist dahin. Was jetzt kommt, weiß niemand. Manche ahnen es dumpf und werden verlacht. Was sich da träge gegeneinander schiebt, gereizt sich anknurrt und tobend aufeinander losschlägt: Im tiefsten ist es der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Alt und Neu, zwischen dem, was war, und dem, was sein wird.

Es scheint wieder eine der Perioden gekommen zu sein, wo ganz von vorn angefangen werden wird, wo wieder der Mensch auf der Scholle steht und Gräser, Tiere und sich selbst mit grenzenlosem Erstaunen betrachtet.

Wohin treiben wir? Wir lenken schon lange nicht mehr, führen nicht, bestimmen nicht. Ein Lügner, wer's glaubt.

Es dämmt, und wir wissen nicht, was das ist: eine Abenddämmerung oder eine Morgendämmerung.

Es ist verblüffend, wie der große Kurt Tucholsky vor über einhundert Jahren in einem Essay für die «Weltwoche» (Nr. 11 vom 11. März 1920) das Zeitgefühl unserer Tage traf. «Es rumort in der Tiefe, und der Boden schwankt leise», schrieb Tucholsky und meinte damit freilich ganz andere Erscheinungen als die aktuellen.

Ging es damals um «Bolschewismus und Preußentum, Revolution und Konsistenz», so wandert heute ein Phänomen um die Welt, das im Vergleich zu den in der Rückschau fest konturierten Ideologien am Anfang des 20. Jahrhunderts viel weniger greifbar ist: Sogenannter Populismus sammelt auf, was das zerbröselnde bürgerliche Nachkriegszeitalter liegen lässt. «Die Welt driftet, und niemand weiß, wohin», schrieb der Publizist Gabor Steingart in einem seiner Morning Briefings (12. Februar 2024). Der «moderate Politiker» sei womöglich das Phänomen einer untergehenden Epoche.

Und noch etwas ist bemerkenswert an dem Essay von Tucholsky: Anfang 1920, kurz nach dem Ersten Weltkrieg, spürte er angesichts von Oktoberrevolution und ersten marschierenden Paramilitär-Horden etwas gären, spürte den Untergang der «Welt von gestern», wie Stefan Zweig sie mehr als zwanzig Jahre später in seinen Erinnerungen beschreibt.² Ein Untergang, der sich dann tatsächlich erst 25 Jahre nach Tucholskys Essay mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in aller Grausamkeit vollzog und den Beginn der Nachkriegszeit markierte.

Der Rückblick auf diese Abläufe zeigt, welche historischen Zeiträume vergehen können zwischen dem Erkennen der Vorzeichen und dem realen Umbruch. Unglücklicherweise fehlen den jeweiligen Zeitgenossen solcher Veränderungen in der Regel die Fantasie und die Fähigkeit zum Einrechnen des Unerwarteten, Zufälligen, um präzise vorhersagen zu können, wo genau sich der kommende Umschwung entzünden und wie er verlaufen und enden wird.

Betrachten wir also zunächst die wichtigsten und aus